



Rolf Höfert
Geschäftsführer des
Deutschen Pflegeverbandes (DPV)

Editorial

Wenn Schweigen gefährlich ist ...

Der diesjährige internationale Tag der Patientensicherheit im September widmete sich dem Schwerpunktthema „Kommunikation im Gesundheitswesen“. Ziel dieses Aktionstages war es, eine gute Kommunikation aller Beteiligten im Gesundheitswesen zu verstärken. Alle Akteure sollten ermutigt werden, ihre Probleme, Bedenken und Meinungen zu äußern. Dieser Erkenntnis folgend muss dringend, aktuell und tendenziell auf die Personalnot in allen pflegerischen Einsatzfeldern hingewiesen werden, um endgültig Gefahren für die Leistungsempfänger und professionell Pflegenden abzuwenden.

Noch kurz vor der Bundestagswahl gab es das nicht nachvollziehbare Ansinnen von Einrichtungsträgern und Politikern, die Fachkraftquote in stationären Pflegeeinrichtungen von 50% auf 40% zu reduzieren. Zur Erinnerung: Diese Fachkraftquote fußt auf der Heimmindestpersonalverordnung von 1993 mit damals ganz anderer Bewohnerstruktur und wesentlich weniger Pflegebedürftigkeit in deutschen Altenheimen. In der ausgelaufenen Legislaturperiode haben Bundesregierung und Länder vereinbart, bis Mitte 2018 verbindliche Personaluntergrenzen in pflegesensitiven Bereichen festzulegen. Es bleibt zu hoffen, dass diese Vereinbarung im Krankenhausbereich auch umgesetzt wird.

Wir werden im Interesse der Patienten, Pflegebedürftigen und der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen nicht schweigen!

Mit herzlichen Grüßen
Ihr



Rolf Höfert
Geschäftsführer



Erinnerung

Die **Mitgliederversammlung** findet am **14. November 2017 von 11:00 bis 15:00 Uhr** in Harztor/Illfeld statt.
Die Einladung finden Sie auf Seite 8.

Sie können sich immer noch anmelden:

Deutscher Pflegeverband (DPV) e.V.
Mittelstraße 1
56564 Neuwied

Fax: 0 26 31 / 83 88 20
Telefon: 0 26 31 / 83 88 22

Inhalt

- 1 • Erinnerung: Mitgliederversammlung
- 2 • Flexible Fachkräftequote
- 3 • Immer mehr Hilfskräfte aus Osteuropa
 - BKK Gesundheitsatlas 2017
 - Kommunizieren nach einem Zwischenfall
- 4 • Millionenschwerer Betrug: Prozess gegen Pflegedienste
 - Niels H.: Anklage wegen weiterer 84 Morde
- 5 • 12. Thüringer Pflegesymposium schafft Rechtssicherheit im Pflegealltag
 - Jubilare
- 6 • Bestens beraten mit dem DPV
- 7 • DPV ganz nah
- 8 • Einladung zur DPV-Mitgliederversammlung

Flexible Fachkräftequote

Pflegekräfte sollen durch Hilfskräfte ersetzt werden

Der pflegepolitischer Sprecher der CDU/CSU, Erwin Rüdgel, fordert eine Absenkung der Fachkraftquote in Pflegeheimen. Der DPV ist dagegen und spricht Klartext.

Erwin Rüdgel, pflegepolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion will der gestiegenen Nachfrage nach Fachkräften mit einem Mix aus verschiedenen Maßnahmen begegnen. So fordert er eine Flexibilisierung der Fachkraftquote in Pflegeeinrichtungen: „... Dadurch kann die Quote der Pflege-

fachkräfte von 50 auf mindestens 40% gesenkt werden, sofern im Gegenzug Fachkräfte wie Ergotherapeuten oder Pflegekräfte mit einer zweijährigen Ausbildung eingesetzt werden und maximal 40% der Beschäftigten für Pflege- und Betreuungsleistungen der stationären Einrichtung angelernte Kräfte

sind. Das heißt 10% der Fachkraftquote können ersetzt werden durch mindestens zweijährig ausgebildete Pflegekräfte.“

Wir fragen uns, von wem er zu seinen Äußerungen inspiriert wurde. Denn ein Arbeitgeberverband hatte erst vor einigen Wochen eine Lockerung der Fachkraftquote gefordert. Wir sehen es sehr kritisch und gefährlich, dass der pflegepolitische Sprecher der CDU/CSU sich dermaßen auf die Seite der Arbeitgeber schlägt. Eine Absenkung der Fachkraftquote ist alleinig für Arbeitgeber profitabel, weil das Gehalt für Hilfskräfte deutlich niedriger als das für examinierte Fachkräfte ist.

An dieser Stelle möchten wir mit folgenden Fakten an Erwin Rüdgel appellieren: Die Fachkraftquote von 50% stammt aus den 90er Jahren, als das Pflegeversicherungsgesetz eingeführt wurde. Damals hatten wir in den Heimen überwiegend Bewohner im klassischen Sinne, heute müssen die Pflegenden schwerstkranke und stark pflegebedürftige Menschen versorgen. Somit ist eine Erhöhung der Fachkraftquote aufgrund gestiegener Anforderungen die logische Forderung.

Herr Rüdgel, wir erwarten sinnvolle Maßnahmen, um den Fachkräftemangel in den Griff zu bekommen. So sollte wissenschaftlich evaluiert werden, wie viel Personal und mit welcher Qualifikation tatsächlich benötigt wird, um eine menschenwürdige Pflege zu gewährleisten. Sie haben die Chance ein solches Verfahren anzustoßen. Auch im Wahlprogramm Ihrer Partei, der CDU/CSU, fehlen messbare Zahlen und Maßnahmen für eine Verbesserung der derzeitigen Situation in der Pflege. So lautet doch der CDU-Slogan: Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben.

Auszug aus der Pressemitteilung des DPV e.V. vom 01.09.2017



© Peter Atkins - Fotolia

Immer mehr Hilfskräfte aus Osteuropa

(Düsseldorf) Pflegebedürftige in Deutschland werden zunehmend von Hilfskräften aus Osteuropa versorgt. In schätzungsweise 163.000 Privathaushalten lebt bereits eine osteuropäische Hilfskraft für eine „Rund-um-die-Uhr“-Betreuung eines Pflegebedürftigen, wie aus einer im Juni veröffentlichten Studie im Auftrag der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung hervorgeht. Das entspreche 8% aller Haushalte, in dem ein Pflegebedürftiger wohnt. Dieses Modell erscheine vor allem für die Mittelschicht als Alternative zum Heim attraktiv. Die Hilfskräfte stünden jedoch unter einer extremen Arbeitszeitbelastung. Sie benötigten täglich im Schnitt zehn Stunden Zeit für ihre Aufgaben.

In einer wachsenden Zahl von Haushalten mit einem hohen Pflege- und Betreuungsaufwand werde nach Alternativen zur Heimunterbringung gesucht. Einer Unterbringung in einem Pflegeheim stünden viele Pflegebedürftige

und Angehörige skeptisch gegenüber: Sie fürchteten einen Verlust an Selbstständigkeit und an Pflegebeziehungswise Versorgungsqualität. Demenzkranken falle überdies ein Auszug aus der vertrauten Umgebung besonders schwer. In diese Versorgungslücke stießen Angebote zur „24-Stunden-Pflege“. Dabei handele es sich um Arbeitskräfte meist aus Polen und anderen osteuropäischen Ländern, die in der Regel einige Wochen oder Monate mit im Haushalt wohnten und die Versorgung des pflegebedürftigen Familienmitglieds leisteten.

Mit Risiko für die pflegenden Angehörigen

Die meisten Pflegebedürftigen (70%) in Deutschland würden aber nach wie vor von nahen Angehörigen zu Hause versorgt. Am häufigsten ist die Tochter die Hauptpflegeperson (29%). Fast ebenso häufig übernehmen die Lebenspartner die Pflege. Mehr als die Hälfte der be-

fragten Haushalte verzichtet auf Unterstützung durch Pflegedienste oder andere professionelle Hilfe.

Schwierig ist die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf, wie die Autoren hervorheben: Rund ein Drittel der Hauptpflegepersonen im erwerbsfähigen Alter habe die Arbeitszeit im Job reduziert. 44% dieser Gruppe seien gar nicht erwerbstätig. Die pflegenden Angehörigen riskierten damit, im Alter selber mit wenig Geld dazustehen. Laut Studie erreichen Angebote zur Pflegeberatung Hauptpflegepersonen aus bildungsfernen Schichten oft nicht. Auffällig sei, dass Pflegebedürftige in einkommensstarken Haushalten oft in höhere Pflegestufen eingruppiert seien als solche aus sozial schwächeren Kreisen. Vermutlich gelinge es den Angehörigen höherer Schichten besser, einen größeren Bedarf geltend zu machen.

www.aerztezeitung.de; nach einer dpa-Meldung vom 07.06.2017

BKK Gesundheitsatlas 2017

(Berlin) Der jüngst veröffentlichte Gesundheitsatlas der BKK sorgte für starke mediale Präsenz. Grund dafür sind die dramatischen Studienergebnisse in der Berufsgruppe der Pflegefachkräfte. Viele Diskussionen bezogen sich darauf, wie gesund eben diejenigen sind, die den Kranken und Alten helfen.

Überdurchschnittlich hohe Anteile mit schlechter Arbeitsfähigkeit weisen die Beschäftigten der Altenpflege sowie der Gesundheits- und Krankenpflege auf. Zusätzlich zeigt sich ein Alters- und Teilzeitbeschäftigungseffekt in den Pflegeberufen mit nochmals niedrigeren Arbeitsfähigkeitswerten bei den über 49-Jährigen in der Altenpflege so-

wie den Teilzeitkräften in der Gesundheits- und Krankenpflege.

Mehr als jeder Fünfte in der Altenpflege (21,4%) sieht sich sowohl physisch als auch psychisch durch die Arbeit gefährdet, gegenüber dem Gesamtdurchschnitt (4,4%) sind dies fast fünfmal so viele Beschäftigte. Entsprechend ist die Teilnahmebereitschaft an BGF-Maßnahmen (Betriebliche Gesundheitsförderung) hoch, fast 80% in der Altenpflege nehmen an solchen Angeboten teil – sofern überhaupt ein solches Angebot vorhanden ist: Nur bei rund 43% der Befragten ist dies der Fall.

www.bkk-dachverband.de



Kommunizieren nach einem Zwischenfall

Im Rahmen des internationalen Tages der Patientensicherheit am 14.09.2017 stellte das Aktionsbündnis Patientensicherheit (APS) seine neue Broschüre vor: „Reden ist der beste Weg“. Es handelt sich dabei um einen Ratgeber für Patienten und ihre Angehörigen nach einem Zwischenfall.

Die Broschüre ist erhältlich als kostenloser Download auf der Homepage – oder kann dort als Druckexemplar bestellt werden.

www.aps-ev.de



Millionenschwerer Betrug: Prozess gegen Pflegedienste

(Düsseldorf) Am 30.08.2017 begann der Prozess am Landgericht Düsseldorf um einen millionenschweren Betrug durch Manipulation von Abrechnungen der Pflegeleistungen gegenüber Kranken-Pflegekassen und Sozialämtern. Angeklagt sind mehrere Ge-

schäftsführer und eine Mitarbeiterin von fünf osteuropäischen Pflegediensten in Nordrhein-Westfalen. Die Anklage bezieht sich darauf, dass durch nicht erbrachte und abgerechnete Pflegeleistungen den Kostenträgern ein Schaden von bis zu 8,5 Mio. Euro ent-

standen ist. Darüber hinaus geht es um gewerbsmäßigen Bandenbetrug und Geldwäsche.

Vorgesehen sind für dieses Verfahren 28 Verhandlungstage bis zum 20.12.2017.

Niels H.: Anklage wegen weiterer 84 Morde

(Oldenburg) Die zur Aufarbeitung der Morde durch den ehemaligen Krankenpfleger Niels H. im Oktober 2014 eingerichtete Sonderkommission Kardio wurde Ende August 2017 aufgelöst. Die sehr umfangreichen Ermittlungen sind weitestgehend abgeschlossen. Die

Ermittlungen bezogen sich sowohl auf die gesamte Zeit der dienstlichen Tätigkeiten des Beschuldigten als Krankenpfleger in Wilhelmshaven, Delmenhorst und Oldenburg, als auch auf dessen nebenberufliche Tätigkeiten als Rettungssanitäter in Wilhelmshaven und im Landkreis Oldenburg.

humierungen wurden durchgeführt. Die bisherigen Ergebnisse führten zum dringenden Tatverdacht des Mordes in insgesamt 48 Sterbefällen. Hier basieren drei weitere Taten ohne positiven Substanzbefund auf geständige Einlassungen des Beschuldigten. Kalium und Amiodaron konnten als mögliche Tatmittel in Delmenhorst nicht identifiziert werden.

Unter Berücksichtigung dieser Taten muss man davon ausgehen, dass Niels H. in Delmenhorst insgesamt 54 Patientinnen und Patienten tötete. Nach dem derzeitigen Stand der Ermittlungen können Niels H. somit in Oldenburg und Delmenhorst 90 Mordtaten zugerechnet werden. Die Angaben über die Opferzahlen sind auch zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht abschließend. Für 41 Sterbefälle liegen noch nicht alle Ergebnisse der toxikologischen Untersuchungen vor.

Aktueller Ermittlungsstand

Für den gesamten Zeitraum der Tätigkeit von Niels H. in den ehemaligen Städtischen Kliniken Oldenburg wurden 119 Ermittlungsverfahren eingeleitet, 35 Verstorbene wurden exhumiert. Auf der Station, auf der der Beschuldigte vom 15.06.1999 bis zum 09.12.2001 gearbeitet hat, sind derzeit 36 Sterbefälle mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auf Tathandlungen von Niels H. zurückzuführen.

Im Oktober 2002 bewarb sich Niels H. beim damaligen Städtischen Krankenhaus in Delmenhorst. Am 15. Dezember 2002 trat er seine Stelle dort auf der Intensivstation an. Im Zeugnis, das dem Beschuldigten vom ehemaligen Städtischen Klinikum Oldenburg ausgestellt worden war, fanden sich keine Hinweise auf Unregelmäßigkeiten, auffälliges Verhalten oder gar den Verdacht von Manipulationen zum Nachteil von Patienten.

Bereits am 22.12.2002 beging er seine erste Mordtat, die er in den Vernehmungen auch eingeräumt hat. Für den Zeitraum, in dem Niels H. am ehemaligen Städtischen Krankenhaus Delmenhorst gearbeitet hat, wurden durch die Sonderkommission Kardio 200 Ermittlungsverfahren eingeleitet. 99 Ex-

Informationen zum Verfahrensfortgang

Die polizeilichen Ermittlungen gegen Verantwortliche des ehemaligen Städtischen Krankenhauses Delmenhorst sind abgeschlossen. Gegen sechs Mitarbeiter des Krankenhauses wurde im Oktober 2016 Anklage erhoben. Die noch nicht abgeschlossenen Ermittlungen gegen die Verantwortlichen der ehemaligen Städtischen Kliniken Oldenburg werden durch die Mitarbeiter der Sonderkommission Kardio in der Polizeiinspektion Oldenburg-Stadt/Ammerland fortgeführt.

www.pol-ol.polizei-nds.de



© Chaotic_Photography - Fotolia

12. Thüringer Pflegesymposium schafft Rechtssicherheit im Pflegealltag

(Harztor) Am 05. September 2017 fand unter Schirmherrschaft der Thüringer Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie, Heike Werner, in der Neanderklinik Harzwald GmbH in Harztor/Ilfeld das 12. Pflegesymposium statt. Die TeilnehmerInnen aus mehreren Bundesländern befassten sich mit aktuellen rechtlichen Anforderungen zur Pflege im stationären und ambulanten Bereich.

Im Grußwort führte die Ministerin die wesentlichen Veränderungen durch das Pflegestärkungsgesetz II mit dem neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff aus. Sie verstand die umfänglichen Anforderungen dieser Systemumstellung als Herausforderung für die Pflegekassen, dem medizinischen Dienst, dem Prüfdienst des Verbandes der privaten Krankenversicherung und die Pflegeeinrichtungen und dankte allen Beteiligten, die diese Umstellung mit großem Engagement realisiert haben. Zu dem Thema „Freiheitsentziehende Maßnahmen“ verwies die Ministerin auf den bereits im März 2016 vom Landespflegeausschuss verabschiedeten Leitfaden „Empfehlungen für den Umgang mit freiheitsentziehenden Maßnahmen“ (FEM) in der stationären Pflege. Entsprechende Empfehlungen seien jetzt auch für den ambulanten Pflegebereich und den Bereich der Menschen mit Behinderungen in Entwicklung, so Ministerin Werner.



(v.l.n.r.) Martina Röder, Stefan Nüßle, Christine Sattler, Rolf Höfert, Peter Scharf und Sabine Hinrichs

Für den Landkreis Nordhausen begrüßte Stefan Nüßle, 1. Beigeordneter des Landkreises Nordhausen, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Themenauswahl überzeugte

Schwerpunktt Themen der Veranstaltung waren: **Update Pflegestärkungsgesetz II**, Erfahrungen in der Umsetzung des neuen Begutachtungsverfahrens (Pflegegrade) nach neun Monaten (Peter Scharf, Leiter des Referates „Pflegeversicherung“ MDK Thüringen), der **Werdenfesler Weg** – eine Alternative zu freiheitsentziehenden Maßnahmen (Christine Sattler, Richterin am Amtsgericht Nordhausen) sowie der neueste **Expertenstandard** des Deutschen

Netzwerkes Qualitätsentwicklung in der Pflege zur Erhaltung und Förderung der Mobilität (Sabine Hinrichs, Stuttgart). Abschließend referierte Rolf Höfert zum aktuellen Stand der **Patienten- und Bewohnerrechte**, vier Jahre nach Verabschiedung des Patientenrechte-gesetzes.

Die Moderation der Veranstaltung lag bei Martina Röder, Vorsitzende des Deutschen Pflegeverbandes e.V. und Geschäftsführerin der Neanderklinik GmbH, Ilfeld, und Rolf Höfert, Geschäftsführer des Deutschen Pflegeverbandes (DPV) e.V und Experte für Pflegegerecht.

www.dpv-online.de

Jubilare Oktober 2017

35 Jahre Mitgliedschaft

Bach, Margret, Boppard
Maus, Regine, Idstein-Ehrenbach
Spindler, Ralf, Budenheim

30 Jahre Mitgliedschaft

Bauer, Clemens, Homburg-Kirrburg
Geipel, Stefanie, Offenbach
Herbst, Sieglinde, Dittelsheim-Haßloch
Hinke, Anita, Heringen

Huhn, Frank, Reinheim
Kordacki, Elke, Bad Nauheim
Seebald, Silke, Pirmasens
Simon, Gabriele, Simmern
Zimmermann, Angelika, Nauheim

25 Jahre Mitgliedschaft

Drum, Torsten, Rennerod
Roetzsch, Franziska, Michendorf
Tabellion, Martin, Wadgassen

20 Jahre Mitgliedschaft

Siebel, Birgit, Schauenburg-Hoof
Wetzlar, Torsten, Nickenich



Wir bedanken uns für Ihre Treue!



Bestens beraten!

Sie haben arbeitsrechtliche Fragen und Probleme?
Nutzen Sie die Rechtsberatung des Deutschen Pflegeverbandes.

Wir kennen alle Antworten auf Ihre Fragen rund um:

Arbeits- und Aufhebungsvertrag

Überstunden

Dienstplangestaltung

Arbeitszeugnis

KÜNDIGUNG

**Wochenend-,
Feiertags-,
Nachtarbeit**

GEHALT

Schichtarbeit

Arbeitsunfähigkeit

URLAUB

**Bereitschafts-
und Rufdienst**

- Egal, um was es geht, wir stehen Ihnen mit Rat und Tat zur Seite.
- Die Beratung erfolgt zeitnah durch Rechtsanwälte und erfahrene Experten.
- Die Beratung ist exklusiv für unsere Mitglieder bestimmt und kostenfrei in der Mitgliedschaft enthalten.



Erfahren Sie mehr zu Ihren Vorteilen als Mitglied!
Kostenlos Infobroschüre anfordern:

Deutscher Pflegeverband DPV e.V.
Mittelstr. 1, 56564 Neuwied
E-Mail: info@dpv-online.de
Tel.: 02631 / 8388 0

DPV

Hauptgeschäftsstelle
Mittelstraße 1
56564 Neuwied
Tel.: 0 26 31/83 88 -0
Fax: 0 26 31/83 88 -20
info@dpv-online.de
www.dpv-online.de



Interessantes und Aktuelles speziell für unsere Mitglieder – Zugriff über:
User: **Mitglied**
Kennwort:
Über Ihre Mitarbeit und/oder Anregungen freuen wir uns.

twitter.com/DPV_Pflege
 facebook.com/pflegeverband

Gemeinsam sind wir stark!

DPV – Kompetenz und Leistungen, die auch Kolleginnen und Kollegen überzeugen!

Fordern Sie Infomaterial an!**DPV-Hauptstadtbüro Berlin**

Deutscher Pflegeverband (DPV)
c/o Uwe Kropp, Ev.Krankenhaus
Königin Elisabeth Herzberge gGmbH
Herzbergstr. 79
10365 Berlin
Tel.: 030/5472-2110
kropp.hauptstadtbuero@
dpv-online.de

**DPV Service-Point
Baden-Württemberg**

Deutscher Pflegeverband (DPV)
c/o Marion Mielsch
marion.mielsch@t-online.de

DPV Service-Point Bayern

Deutscher Pflegeverband (DPV)
c/o Ivonne Rammoser
Holzmann Medien GmbH
Gewerbestr. 2
86825 Bad Wörishofen
Tel.: 08247/354340
Fax: 08247/3544237
rammoser.servicepoint
bayern@dpv-online.de

**DPV Service-Point
Berlin-Brandenburg**

Deutscher Pflegeverband (DPV)
c/o Uwe Kropp, EKH,
Herzbergstr. 79, 10365 Berlin
Tel.: 030/54722110
kropp.hauptstadtbuero@
dpv-online.de

**DPV Service-Point
Bremen, Hamburg,
Niedersachsen und
Schleswig-Holstein**

Deutscher Pflegeverband (DPV)
c/o Frank Tost
Seniorenpflegeheim Mittelfeld
Am Mittelfelde 100, 30519 Hannover
dpv-point-niedersachsen@
kabelmail.de
Tel.: 0511/87964-119
Fax: 0511/87964-127

DPV Service-Point Frankfurt

Deutscher Pflegeverband (DPV)
c/o Annemarie Czerwinski
Bertha-Bagge-Str. 55, 60438 Frankfurt
Tel.: 069/761904
amalee@t-online.de
Wichtig: Bitte bei Anfragen als
Betreff „DPV-Anfrage“

DPV Service-Point Hessen

Deutscher Pflegeverband (DPV)
c/o Karl Heinz Heller
kheller@gmx.de

**DPV Service-Point
Nordrhein-Westfalen**

Deutscher Pflegeverband (DPV)
c/o Stephan Kreuels
Rechtsanwaltskanzlei
Coerdeplatz 12, 48147 Münster
Tel.: 0251/9320 5360
kreuels@juslink.de

**DPV Service-Point
Rheinland-Pfalz**

Deutscher Pflegeverband (DPV)
c/o Ilona Groß
ilonagross@web.de

DPV Service-Point Saarland

Deutscher Pflegeverband (DPV)
c/o Melitta Daschner
Blattstr. 12, 66564 Ottweiler
Tel.: 06858/8162
Mobil: 0172/6844901

**DPV Service-Point Nordost
(Thüringen, Sachsen-Anhalt,
Sachsen)**

Deutscher Pflegeverband (DPV)
c/o Martina Röder
Tel.: 036331/35101
roeder.servicepoint-th.sa@dpv-online.de

**Impressum****Herausgeber**

Deutscher Pflegeverband (DPV)
Rolf Höfert (V.i.S.d.P.)
Deutscher Pflegeverband (DPV),
Mittelstraße 1, 56564 Neuwied
Tel.: 02631/8388-0
Fax: 02631/8388-20
www.dpv-online.de

info@dpv-online.de

PflegeKonkret

– Die Mitgliederzeitschrift des DPV
erscheint in Kooperation mit HEILBERUFE
www.heilberufe.de

Verlag

Springer Medizin Verlag GmbH
Heidelberger Platz 3
14197 Berlin

Druck

KLIEMO A.G. / S.A. / N.V.
Hütte 53
4700 EUPEN, BELGIEN

DPV-Mitgliederversammlung

Einladung

Wann: 14.11.2017, 11.00 Uhr bis 15.00 Uhr
Wo: Akademie für Gesundheits- und Pflegeberufe
Neanderklinik Harzwald GmbH, Neanderplatz 4, 99768 Harztor/OT Ilfeld



Tagesordnung

- 11.00 – 11.15 Uhr 1. Eröffnung – Begrüßung
- 11.15 – 12.00 Uhr 2. Geschäftsbericht und aktuelle Situation der Pflege
- 12.00 – 12.15 Uhr 3. Finanzbericht
- 12.15 – 12.30 Uhr 4. Entlastung des Vorstandes

- 12.30 – 13.15 Uhr Mittagspause

- 13.15 – 13.30 Uhr 5. Wahl der zwei Rechnungsprüfer/innen
- 13.30 – 14.30 Uhr 6. Referat zum Arbeitsrecht:
„Rechte und Pflichten des Arbeitnehmers“, mit vielen
Fallbeispielen (Referent: Karl-Heinz Heller, Gießen,
2. Stv. Vorsitzender, Experte für Arbeitsrecht)
- 14.30 – 14.45 Uhr 7. Verschiedenes
- 14.45 – 15.00 Uhr 8. Schlusswort

Mit freundlichen Grüßen

Neuwied, September 2017

Martina Röder
Vorsitzende



Bus- und Bahnverbindungen sind ganztägig möglich aus Richtung Nordhausen oder Hasselfelde. Die HSB Haltestelle „Neanderklinik“ befindet sich direkt am Haus.



Rückantwort bitte bis zum: 10.11.2017 (Fax: 0 26 31 / 83 88 - 20)

Deutscher Pflegeverband (DPV) e.V.
Mittelstraße 1
56564 Neuwied

Absender/in:

Ich nehme an der Mitgliederversammlung am 14.11.17 teil.

Ich kann leider an der Mitgliederversammlung am 14.11.17 nicht teilnehmen.

DPV-Mitglieds-Nr. _____

Datum _____

Unterschrift _____